

■ Christophe Solioz, Svebor Dizdarevic (Hrsg.)

Ownership Process in Bosnia and Herzegovina

Sarajevo 2001, 120 Seiten

■ Srecko M. Dzaja

Die politische Realität des Jugoslawismus (1919–1991). Mit besonderer Berücksichtigung Bosnien–Herzegowinas

München: Oldenbourg Verlag 2002, 317 Seiten (= Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas, Band 37)

Rezensent: Hubert Beyerle

□ Die Schwierigkeiten, die Bosnien–Herzegowina mit dem Frieden nach dem Abkommen von Dayton hat, werden von vielen Beobachtern immer noch als Kinderkrankheiten abgetan. Der junge Staat bewege sich zwar langsam, aber immerhin in die richtige Richtung, so die vorherrschende Meinung. In jüngster Zeit jedoch kommen an dieser Interpretation zunehmend Zweifel auf. Ein deutliches Warnsignal war es, als im vergangenen Herbst in der bosnisch-kroatischen Föderation die multiethnische Regierung wieder abgewählt wurde, auf die einmal so große Hoffnungen gesetzt worden war. Die Rückkehr der Nationalisten erinnert daran, wie prekär die Situation in Bosnien nach wie vor ist.

Natürlich wissen die Menschen in Bosnien–Herzegowina den Frieden zu schätzen, der seit dem Frühjahr 1996 anhält. Die Kriegstreiber sind dauerhaft geschwächt, und die Flüchtlingsrückkehr ist beachtlich. Aber der Frieden hat einen Preis. Das Abkommen von Dayton konnte den Krieg beenden, aber es zeigt sich, dass das Land mit der damals beschlossenen Verfassung nicht dauerhaft lebensfähig sein kann. Bosnien werde in politischer Unmündigkeit gehalten, so die lauter werdende Kritik in der bosnischen Öffentlich-

keit. "Bosnien–Herzegowina wie es jetzt ist, ist zu stark zum Sterben, aber zu schwach um als selbstständiger Staat zu funktionieren", so der muslimische Politiker Haris Silajdzic. Der politische Aufbau des Landes ist so kompliziert und die Entscheidungswege sind so unübersichtlich, dass Korruption und Misswirtschaft begünstigt werden und die Wähler die Politik mit Desinteresse quittieren. Die Folge ist eine Lähmung von Verwaltung und Politik, ein nicht nur ökonomisches, sondern auch politisches Abhängigkeitssyndrom.

Ownership, also Eigenverantwortung, schien noch bis vor Kurzem eine Perspektive zu bieten. Wolfgang Petritsch schrieb sich das Konzept auf die Fahnen, als er 1999 das Amt des Hohen Repräsentanten antrat. Das kleine Buch "Ownership Process in Bosnia and Herzegovina" diskutiert die Motive und auch die Schwierigkeiten, mit denen die Idee behaftet ist. Es ist ein Sammelband von Aufsätzen zu diesem Thema, interessant als Stimmungsbild mit wichtigen Kritikpunkten. Es mangelt allerdings an brauchbaren politischen Vorschlägen.

Die Geschehnisse von Bosnien–Herzegowina werden immer noch zu sehr von außen bestimmt, schreibt *Christophe Solioz*. Die

Entscheidungen verliefen nicht demokratisch, sondern nach dem Muster "top-down". Die internationale Präsenz habe die Entwicklung von Eigenverantwortlichkeit in Bosnien behindert. "Demokratie kann nicht exportiert werden, sondern muss von innen wachsen." Allerdings sei die radikale Lösung, Bosnien mehr sich selbst zu überlassen, um Raum zu schaffen für politische Selbstbestimmung, "nichts als ein Traum". Die Ownership-Idee erscheint zudem in einem anderen Licht, wenn man sieht, dass sie auch schlicht aus der Akzeptanz des Faktischen resultierte. Die Politik der "Conditionality" der ersten etwa drei Jahre nach Kriegsende, also das Vergeben von Hilfgeldern unter der Bedingung der Kooperation, erwies sich als nicht glaubwürdig und daher schlicht nicht durchzuhalten.

Die von verschiedenen Autoren geforderte Verfassungsreform ist in der Tat zur Zeit ein aktuelles Thema, die Diskussion um eine Stärkung des bosnischen Zentralstaates ist in vollem Gange. Kritik trifft aber auch die Arbeit der internationalen Hilfsorganisationen. Die im Vergleich hohen Gehälter, die auch an das lokale Personal bei Hilfsorganisationen gezahlt werden, führten zu einem internen "brain drain" und zu einer "virtuellen Zivilgesellschaft", weil es die lokalen Institutionen schwäche, so *Zarko Papic*. Ungewohnte Kritik wird auch an den wirtschaftspolitischen Konzepten geübt. *Dragoljub Stojanov* beschreibt die Symptome der Wirtschaftskrise: hohe Arbeitslosigkeit, das hohe Handelsbilanzdefizit, obsolet gewordene Produktionskapazitäten. Er kritisiert die missratene Privatisierung, die zum Verlust von Vermögenswerten beigetragen hatte. Seine Kritik richtet sich auch gegen das Hätscheln der kleineren und mittleren Unternehmen, die vollkommene Vernachlässigung der Staatsfirmen und das Fehlen jeglicher Ansätze von Industriepolitik. Er verweist auf die Probleme, wenn die Währung bei mangelnder Wettbewerbsfähigkeit konvertibel gemacht wird. Das provoziert: immerhin gilt das Währungsregime des Currency Boards als eine der wenigen bosnischen wirtschaftspolitischen Erfolgsstorys.

Das sind alles interessante Kritikpunkte. Dennoch ist zu bezweifeln, ob dem Land mit anderen Konzepten viel geholfen wäre. Ist es doch kaum zu übersehen, dass die Hauptprobleme der bosnischen Wirtschaft mikroökonomischer Natur (Organisation, Technologie, Rechtssicherheit, mangelnder Wettbewerb etc.) und nicht in mangelnder Nachfrage begründet sind. Dass viele Fehler gemacht wurden, ist indessen nicht zu leugnen. Insgesamt mischt sich in dem Bändchen berechnete - wenn konkrete - Kritik mit weltfernen Forderungen. Manche Ideen zeugen von Naivität und von Unkenntnis der auch im Entwicklungshilfegeschäft gültigen Regel: Wer zahlt, schafft an. Sie zeigen aber auch, dass in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens eine tiefere Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte erst langsam anfängt.

"Die politische Realität des Jugoslawismus (1918-1991) mit besonderer Berücksichtigung Bosnien-Herzegowinas" ist ein Beitrag zu Letzterem. Faktenreich versucht der Autor zu erklären, warum und wie es zum Zerfall Jugoslawiens kam. Die Kernthese: früher oder später musste Jugoslawien auseinanderfallen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Organisation der zwei jugoslawischen Staaten und den Besonderheiten Bosnien-Herzegowinas. Zwar ermüdet mitunter die Auflistung von Mitgliederzahlen der verschiedensten Vereine, jedenfalls den Nicht-Spezialisten. Dennoch ist es richtig, auf Zahlen Wert zu legen. Die Geschichtsforschung des Balkans ist an Quantitativem arm genug - aus Mangel an staatlicher Kontinuität und statistischer Autorität.

Der wirtschaftliche Niedergang Jugoslawiens war im Kern der Selbstverwaltungs-idee angelegt. Die komplizierte Verfassung, eine ausufernde Bürokratie und die Selbstverwaltungsgremien in den Betrieben machten vor allem im späten zweiten Jugoslawien öffentliche Entscheidungen zu einem immens aufwendigen Prozess. Zeitweise beschäftigte er Millionen von Delegierten im ganzen Land, mit äußerst ernüchternden Ergebnissen. Jugoslawien zerbrach letztlich daran, so der

Autor, dass Serben und Kroaten den Sinn des Zusammenschlusses in Jugoslawien seit 1918 gegensätzlich verstanden. Sahen Kroaten den Zusammenschluss als Föderation, verstanden ihn die Serben von Anfang an im Kern als Anschluss. Das – mehr oder minder bewusste – Missverstehen, also misslungene Kommunikation scheint ein immer wiederkehrendes Motiv in der südslawischen Geschichte zu sein.

Was die Geschichte von Bosnien-Herzegowina besonders schwierig macht, ist, dass die bosnischen Muslime sich lange nur religiös, nicht aber als Nation verstanden. In den Kriegsjahren 1992-95 gab es auch Tendenzen, Bosnien in eine islamische Republik verwandeln zu wollen, aber "als politisch dominant unter Bosnischen Muslimen sind sie nicht zu bewerten" (Dzaja). Ob gewollt oder ungewollt konnten diese Strömungen statt dessen leicht mit einer ganz anderen Entwicklung verwechselt werden. In der Zeit während des Krieges habe, so Dzaja, vielmehr die Nationwerdung der bosnischen Muslime ihren Höhepunkt und Abschluss gefunden. Ende

des 19. Jahrhunderts war das Angebot des österreichisch-ungarischen Statthalters in Sarajevo, Benjamin Kallay, an die Muslime, das in die gleiche Richtung ging, nur von einer Minderheit gebildeter Muslime in seiner Reichweite verstanden worden. Kallays Reformen stießen auf den Granit des Desinteresses und den Widerstand gegen eine Bodenreform. Insgesamt nimmt dieses wichtige Thema der erst ausgebliebenen, dann missglückten Landreform in Bosnien-Herzegowina leider zu wenig Raum ein. Die "schnelle und oberflächlich durchgeführte Umwandlung der Bauern in Arbeiter" (Dzaja), also die Vernachlässigung der Bauern und die forcierte Industrialisierung und Urbanisierung müssen als ein tieferer Grund für den Krieg 1992-1995 gelten.

Bosnien-Herzegowina war Jahrhunderte lang fremdbestimmt. Das ist kein Grund, es auch für die Zukunft zu akzeptieren. Aber man muss etwas von der Geschichte kennen, um die Schwierigkeiten und Krämpfe zu verstehen, die das Land durchmacht.

|